

STELLUNGNAHME VON KON-MED ZUR SELBSTVERBRENNUNGSAKTION VON HALİL ŞEN



Sehr geehrte Damen und Herren

Am Freitagmittag, den 12. Februar 2021 hat sich der kurdische Aktivist Halil Şen hinter dem Sächsischen Landtag in Dresden selbst verbrannt. Die Selbstverbrennung markierte seinen Protest gegen die anhaltende Isolation der kurdischen Führungspersonlichkeit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali. In seinem Abschiedsbrief erklärt Şen seine Beweggründe, die er wie unter anderem wie folgt schildert: „Die Isolation gegen Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali dauert an. Seit Monaten dringt kein Lebenszeichen des Volksrepräsentanten an die Öffentlichkeit. Weder seinen Anwälten noch seiner Familie wird der Kontakt ermöglicht. Zwar gibt es dagegen Reaktionen und Aktivitäten, aber das reicht nicht aus. (...) Die jungen Menschen dieses Volkes, dem Anerkennung gebührt, befinden sich seit 45 Tagen unter den schwierigsten Bedingungen im Hungerstreik, um eine Nachricht von Öcalan zu erhalten. Tausende kurdische Frauen sind im Gefängnis. Dagegen rebelliere ich.“

Halil Şen lebte seit 25 Jahren in der Bundesrepublik. Er wurde 1971 in Dih bei Sêrt (tr. Siirt) geboren. Im Jahre 1993 wurde das Dorf seiner Familie, die sich der kurdischen Freiheitsbewegung verbunden fühlte, durch die Armee des türkischen Staates zerstört und verbrannt. Da in seiner Heimat kein friedliches und sicheres Leben mehr möglich war, verließ er 1996 seine Heimat und floh nach Deutschland. Vom ersten Tag seiner Ankunft an war Halil Şen politisch für die Belange der kurdischen Gesellschaft aktiv. Insbesondere in den Städten Magdeburg, Leipzig und Erfurt setzte er seine politischen Arbeiten für die Kurdinnen und Kurden fort. Die Familiengeschichte von Şen ist geprägt vom kurdischen Kampf um Befreiung und Anerkennung. Zwei seiner Geschwister haben in diesem Befreiungskampf ihr Leben verloren. Die 85-jährige Mutter, bekannt als Mutter Sîtê, ist Teil der Friedensmütter in der kurdischen Frage aktiv sind und inhaftiert. Aufgrund der um Menschen in Deutschland war ment in Sachsen mit repressiven ge dessen für dreieinhalb Jahre



Der Akt der Selbstverbrennung politischen Protests. Abdullah wegung haben diese Aktions- ternationalen Komplott, wie die widrige Verschleppung von in die Türkei nennt, kam es in Deutschland zündeten sich Protest an. Zuvor kam es nach in Deutschland 1993 zu solchen Taş (Ronahî) und Nilgün Yıldırım in Mannheim aus Protest ge- Bundesrepublik und der Beteili- stan selbst verbrannt. Vor zwei gegen die Isolation auf Imrali tik vor einem Gerichtsgebäude

zugefügt. Sechs Monate zuvor hat sich der kurdische Aktivist Ümit Acar in Ingolstadt aus Protest gegen das AKP-Regime, den Krieg in Kurdistan und die Unterstützung der Bundesregierung für diesen Krieg selbst verbrannt. Am 23. Oktober 2019 hatte sich Ali Wazir, ein 31-jähriger Kurde aus Heseke, vor dem Gebäude der UNO-Flüchtlingskommission (UNHCR) in Genf aus Protest gegen die türkische Invasion in Nordsyrien selbst angezündet.

Wir möchten nochmals mit Nachdruck betonen, dass wir die Selbstverbrennung als Protestform ablehnen. Wir rufen unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, sich mit demokratischen Aktionsformen

für die Freiheit und Rechte der kurdischen Bevölkerung einzusetzen. Aber wir machen auch die Bundesregierung für die Selbstverbrennung von Şen mitverantwortlich. Denn trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in Kurdistan dauert die politische und wirtschaftliche Rückendeckung der deutschen Bundesregierung für die Türkei unvermindert an. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Türkei und Kurdistan, sondern auch in Deutschland sind Kurdinnen und Kurden einer feindseligen Rechtspraxis ausgesetzt.

Als KON-MED drücken wir unser Beileid für die Familie von Halil Şen aus. Wir wünschen uns, dass die Selbstverbrennungsaktion von Halil Şen die letzte ihrer Art sein wird und hoffen, sie führt dazu, dass die deutsche Bundesregierung ihre politische und wirtschaftliche Unterstützung für die Türkei überdenkt, ihre Beziehungen entsprechend der Maßstäbe von Demokratie, Frieden und Menschenrechte auslegt und sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage einsetzt.